Niederschrift über die öffentliche

Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses

am Mittwoch, den 24.11.2021

im Onoldiasaal, Tagungszentrum Onoldia

Beginn:	16:00 Uhr
Ende	18:30 Uhr

Anwesenheitsliste

Vorsitzender

Bucka, Markus, Dr.

Ausschussmitglieder

Eff, Hans Jürgen
Erbguth-Feldner, Meike
Fabi, Markus
Hessenauer, Walter
Hüttinger, Hannes
Lintermann, Jochen
Lösch, Daniel
Meyer, Boris-Andrè
Rühl, Oliver
Salinger, Stefan
Sauerhammer, Gerhard
Sauerhöfer, Jochen
Sichermann, Paul
Stephan, Manfred
Vogel, Nadine

beratende Mitglieder

Keil, Gerhard
Kötzel, Heinz
Schellenberger, Jörg
Schwab, Jürgen

Schriftführerin

Thum-Wolf, Doris

Verwaltung

Brenner, Mathias

Metzger, Martina
Renner, Horst
Wießner, Kevin

Referenten

Büschl, Jochen
Kleinlein, Udo

Abwesende und entschuldigte Personen:

beratende Mitglieder

Behrens, Wolfgang	entschuldigt
Ebert, Hans	nicht anwesend
Hauff, Peter	entschuldigt
Held, Gottfried, Dr.	entschuldigt
Hollstein, Uwe	nicht anwesend
Kremsner, Robert	entschuldigt
Piereth, Karl	nicht anwesend
Schehl, Walter	entschuldigt
Schürrlein, Cornelia	nicht anwesend
Sterr, Gerhard	nicht anwesend
Täubel, Raimund	nicht anwesend

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Bekanntgaben/ Anfragen

TOP 2 Forsteinrichtungsplan

TOP 3 Startschuss für klimaneutrale Stadtverwaltung - Antrag Bündnis 90/Die Grünen

TOP 4 Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern e.V.: 2500 € p.a.. Antrag Bündnis90/Die Grünen

TOP 5 Radweg von Ansbach-Schalkhausen nach Leutershausen - Weiteres Vorgehen

TOP 6 Tempo 30 an verschiedenen Stellen im Stadtgebiet

Herr Dr. Bucka eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass ordnungsgemäß und termingerecht zur Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Herr Dr. Bucka gibt bekannt, dass der Tagesordnungspunkt 2 „Fortschreibung der Endenergie- und Treibhausgasbilanz“ abgesetzt werde.
Der externe Referent könne heute wegen einer Quarantäneanordnung nicht vor Ort sein.

Herr Dr. Bucka erklärt, dass die maximale Sitzungsdauer für die Sitzung auf maximal 3 Stunden beschränkt sei. Es werde alle 20 Minuten quergelüftet und die Maske könne auch am Platz nicht abgenommen werden.

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Bekanntgaben/ Anfragen

1.1 Bekanntgabe Herr Brenner zu den Amphibienzahlen 2020 und 2021

Herr Brenner berichtet zur Amphibienwanderung 2020:

- keine große Änderung im Vergleich zu den Vorjahren
- starke Population im Silberbachtal
- ebenfalls positiver Trend in Geisengrund

Herr Brenner berichtet zur Amphibienwanderung 2021:

- gute Ergebnisse im Silberbachtal und in Geisengrund
- positive Trendumkehr am Brücklesweiher

Herr Brenner und Herr Dr. Bucka bedanken sich bei den ehrenamtlichen Helfern für die Unterstützung.

1.2 Bekanntgabe Herr Wickerath zu abgeschalteten Windkrafträdern

Herr Wickerath beantwortet die Anfrage zu den abgeschalteten Windrädern von Herrn Hüttinger aus der letzten Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses vom 22.09.2021. Für die Abschaltung der Windräder gebe es verschiedene Gründe:

- den Artenschutz
- die Windgeschwindigkeit
- die Flugsicherheit
- das Arbeiten an der Anlage
- den Schattenwurf
- das Netzmanagement
- den Eiswurf
- das Sektormanagement

Herr Wickerath erläutert die Nutzungsgrade der Anlagen in Bernhardswinden, Ansbach-Lichtenau und in Strüth. Im Ergebnis kann festgehalten werden, dass sich die Nutzungsgrade mit den Untersuchungen des Fraunhofer-Instituts decken und im Durchschnitt bei 22% liegen.

1.3 Bekanntgabe Herr Wickerath zur Solarthermie

Herr Wickerath beantwortet die Anfrage zur Solarthermie von Herrn Rühl aus der letzten Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses vom 22.09.2021:
Er habe eine Abfrage in 10 vergleichbaren Städten und Landkreises durchgeführt. Die verwertbaren Daten hätten auch in der Stadt Nürnberg und im Landkreis Ansbach stagniert und es hätte auch dort kaum Zuwächse seit 2016 gegeben.

1.4 Bekanntgabe Herr Wießner zur Parksituation in der Schwarzbeckstraße und Rettistraße

Herr Wießner beantwortet die Anfrage zur Parksituation aus der letzten Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses vom 22.09.2021. Anhand einer Videopräsentation erläutert Herr Wießner die Möglichkeiten ein Halteverbot in den angesprochenen Bereichen zu erteilen. Herr Sauerhöfer berichtet von zugeparkten Kreuzungsbereichen in der Brandströmstraße.
Herr Wießner sagt eine Überprüfung der Einmündung der Brandströmstraße zu.

1.5 Bekanntgabe Herr Wießner zum Parken von Bussen während der Landesausstellung 2022.

Der Tagesparkplatz für Reisebusse soll am Messegelände entstehen. Der Ein- und Ausstieg bei Reisebussen soll mit einer maximalen Haltedauer der Busse von 10 min an der Inselwiese erfolgen.

1.6 Bekanntgabe Herr Wießner zum neuen Bußgeldkatalog

Herr Wießner weist auf den seit 09.11.2021 geltenden Bußgeldkatalog hin.

1.7 Bekanntgabe Herr Wießner zu Tempomesstafeln

Herr Wießner berichtet von Lieferschwierigkeiten aufgrund des fehlenden Steuerungskastens. Alle Tempomesstafeln seien in der 45. KW geliefert worden und werden aktuell durch das Betriebsamt der Stadt Ansbach in Betrieb genommen. Ein gemeinsamer Termin zwischen Hersteller und Betriebsamt wird zeitnah koordiniert.

1.8 Anfragen Herr Stadtrat Hüttinger

Herr Hüttinger stellt folgende Anfragen:
1. Die Stadt habe einen neuen Balkenmäher gekauft. Er bittet um Information, welche Flächen in 2021 neu mit diesem Gerät behandelt wurden
2. Im Stadtgebiet seien gegenüber der Firma Lechner bei einem Autohändler alle Bäume verschwunden. Er bittet um Information ob die Baugenehmigung ein Pflanzgebot enthalten habe.
3. In den von Herrn Brenner genannten Amphibienzahlen sei keine Angabe zu den vorhandenen Laubfröschen gemacht worden. Er bittet mit Mitteilung der vorhandenen Laubfrösche.
4. Am Postverteilungszentrum 63 in der Naglerstraße sei die Parksituation auf der rechten Seite schwierig. Er bittet um Überprüfung, ob hier mittels Markierungen ein Parkverbot erteilt werden könnte.

1.9 Anfragen Frau Stadträtin Erbguth-Feldner

Frau Erbguth-Feldner stellt folgende Anfragen:

1. Sie bittet um Information, wie die Besetzung der Unfallkommission sei und wie diese zustande kam sowie um Information ob eine Geschäftsordnung vorliege.

Antwort Herr Wießner:

Die Zusammensetzung der Unfallkommission werde gesetzlich geregelt und sei durch das Staatliche Bauamt, der Polizei und dem Straßenverkehrsamt besetzt.

2. Sie bittet um Information über das weitere Vorgehen bezüglich Runder Tisch Radweg. Einen Austausch mit Mitgliedern aus dem Umwelt- und Verkehrsausschuss halte sie für notwendig. Sie bittet daher darum, interessierten Mitgliedern aus dem Umwelt- und Verkehrsausschuss eine Teilnahme am Runden Tisch Radweg zu ermöglichen.

2.0 Anfrage Herr Stadtrat Sauerhöfer

Herr Sauerhöfer bittet um Information über die Umsetzung des Beschlusses aus der Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses vom 22.09.2021 zur Anordnung eines Absoluten Halteverbotes an der Straße am Klinikum Ansbach.

Herr Wießner antwortet, dass die Anordnung zum Umsetzen des Absoluten Halteverbots an das ausführende Betriebsamt erstellt wurde.

2.1 Anfragen Herr Stadtrat Rühl

Herr Rühl bittet um Information in der nächsten Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses

1. zum Vorkommen des Eichenprozessspinners in diesem Jahr und wie die Behandlung erfolgte.
2. an der Fischerstraße 6 sei bei der neuen Treppe am Fußweg keine Aufstiegshilfe vorhanden.

Die Beantwortung erfolgt schriftlich im Nachgang zur Sitzung.

2.2 Anfragen Herr Meyer

Herr Meyer stellt folgende Anfragen:

1. Er bittet um Beantwortung einer im Vorfeld per Mail gesendeten Anfrage zur Feuchtwanger Straße und Adolph-Beyer-Straße.
2. Er bittet um Information, ob rund um das Milchhofareal ein Verkehrskonzept vorgesehen sei.

Herr Büschl antwortet, dass im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens eine verkehrsrechtliche Untersuchung durchgeführt wurde. Eine zusätzliche Verkehrsuntersuchung sei daher nicht notwendig.

2.3 Anfragen Herr Stadtrat Stephan

Herr Stephan stellt folgende Anfragen:

1. Die Ampelschaltung an der Kreuzung Westtangente Richtung Schalkhausen habe sich für Rechtsabbieger geändert. Diese hätten nur eine kurze Grünphase. Daher würden sich aufgrund der kurzen Rechtsabbiegespur die Autos sehr weit stauen und so die Weiterfahrt geradeaus Richtung Bezirksklinikum verhindern.

Herr Wießner entgegnet, dass die Firma Siemens am Vortag ein neues Programm eingespielt habe und sich das Problem damit erledigt haben müsste. Er werde aber gerne noch einmal nachfragen.
2. Die Ampel an der Urlasstraße Richtung B14 stehe „fast immer“ auf Rot. Er bittet dies mit dem Staatlichen Bauamt zu klären.

2.4. Anfrage Herr Stadtrat Eff

Herr Eff bittet um Information, warum die Stichstraße (im Westen) gegenüber der Straße Am Langholz in Obereichenbach nicht für Nutzung durch Fahrschulen freigegeben werde. Die Fahrschulen in Ansbach seien in Gefahr, da keine Ausbildungsstrecke in Ansbach zur Verfügung stehe.
Herr Wießner erwidert, dass Straßenverkehrsbehörde und Straßenbaulastträger wegen Haftungsfragen die Freigabe der Straße am Langholz in Obereichenbach ablehne. In Abstimmung mit dem Tiefbauamt sehe man aktuell keine Möglichkeit irgendeine Strecke für die Ausbildung von Fahrschülern zur Verfügung zu stellen. Er bittet Herrn Eff sich diesbezüglich mit dem Rechtsamt in Verbindung zu setzen.

2.5 Anfrage Herr Stadtrat Sichermann

Herr Sichermann bittet um Information über das weitere Vorgehen der Stadt Ansbach da die gesetzliche Bindung an ein Rücknahmesystem für Gerätebatterien zum 31.12.2021 auslaufe.
Herr Büschl teilt mit, dass Herr Forstmeier die Anfrage ebenfalls gestellt und er in einer Mail bereits geantwortet habe, dass die Stadt Ansbach über den Betreiber des Wertstoffhofes (Firma Edelhäuser) an das Rücknahmesystem GRS „angeschlossen“ seien, welches nicht der genannten zeitlichen Befristung unterliegt. Seit Februar 2021 sei dies durch die Stiftung EAR (Elektro-Altgeräte-Register) genehmigt. Die Rücknahme von Geräte- und Industriealtbatterien könne weiterhin unentgeltlich bei dem jeweiligen Vertreiber dieser Batterien zurückgegeben werden.

2.6 Anfragen Herr Stadtrat Salinger

1. Herr Salinger informiert, dass nach der Fertigstellung der Schlosskreuzung die Signalisierung für die Linksabbiegespur von der Promenade her anders eingestellt sei und es nun Probleme bei der Erfassung der Linksabbieger gibt.
Herr Wießner sagt eine Weitergabe der Anfrage an das Staatliche Bauamt zu.
2. Herr Salinger verweist ebenfalls auf die für ihn ungünstig geänderte Ampelschaltung auf der Westangente Richtung Schalkhausen.

2.7 Anfrage Herr Meyer

Herr Meyer informiert, dass man vor dem Umbau der Schlosskreuzung diese „in einem Zug“ von Ost nach West queren konnte. Er bittet darum, beim staatlichen Bauamt nachzufragen, ob der ursprüngliche Zustand wiederhergestellt werden könnte.

TOP 2 Forsteinrichtungsplan

Herr Renner erläutert den vorliegenden Sachverhalt.

In der anschließenden Aussprache wird auf folgendes hingewiesen:

- die Erholungsfunktion des Waldes solle vor der wirtschaftlichen Situation stehen
- die defizitäre Situation der Waldwirtschaft könnte im Sinne einer Naturverjüngung durch Schlagen und Verkauf von Bäumen verbessert werden
- das geschlagene Holz könnte auch als Hackschnitzel zur Wärmeversorgung für städtische Gebäude genutzt werden

Herr Büschl und Herr Renner nehmen die Hinweise zur Kenntnis.

Dient zur Kenntnis.

TOP 3	**Startschuss für klimaneutrale Stadtverwaltung - Antrag Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Büschl verweist auf den vorliegenden Sachverhalt.

Ergänzend erläutert er, dass sich die zuständigen Fachbereiche eingehend mit dem Antrag auseinandergesetzt haben. Die Bildung eines Arbeitskreises sei leider „zu kurz gedacht“ und würde im Ergebnis zu keinem Erfolg führen. Im von den Antragstellern zitierten Leitfaden des Umweltbundesamtes werden neun Etappen auf dem Weg zur klimaneutralen Verwaltung aufgezeigt, die sehr hohe finanzielle und personelle Ressourcen binden. Deshalb sei der Antrag ohne Finanzierungsvorschlag abzulehnen.

Herr Rühl begründet als Antragsteller den Antrag.
Der Antrag sei am 06.09.2021 eingereicht, aber leider in der Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 22.09.2021 und somit vor den Haushaltsberatungen nicht behandelt worden. Die Kommune müsse sich Ziele setzen. Die beantrage Gründung seines Arbeitskreises „Klimaneutrale Stadtverwaltung“ sei als erster Schritt in einem Grundsatzbeschluss festzulegen.

Herr Dr. Bucka bestätigt, dass ein Grundsatzbeschluss heute sicherlich denkbar sei, die Bildung eines Arbeitskreises aber sowohl finanzielle als auch personelle Auswirkungen habe. Ein Antrag ohne Finanzierungsvorschlag müsse daher abgelehnt werden.

Nach einer Diskussion wird aus dem Gremium heraus der Antrag neu formuliert.

Beschluss:

Der Umwelt- und Verkehrsausschuss beauftragt die Stadtverwaltung, im Rahmen ihrer Kapazitäten Maßnahmen aufzuzeigen, dem Ziel einer „*Klimaneutralen Stadtverwaltung*“ einen Schritt näher zu kommen.

Abstimmungsergebnis: Ja 15 Nein 1
Mehrheitlich beschlossen.

TOP 4	**Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern e.V.: 2500 € p.a.. Antrag Bündnis90/Die Grünen**

Herr Büschl verweist auf den vorliegenden Sachverhalt und den bereits bei den Haushaltsberatungen stattgefundenen Ausführungen und den Austausch zum Antrag.

Frau Erbguth-Feldner erklärt als Antragstellerin, dass Sie den ablehnenden Beschluss bei den Haushaltsberatungen respektieren und den Antrag zunächst zurückziehen wird. Sie wünscht sich allerdings, dass der Radverkehr in Ansbach weiterentwickelt werde und meint, dass die Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen in Bayern hierfür eine gute Hilfe geboten hätte. Zudem sollten die zur Verfügung stehenden Förderprogramme besser genutzt werden.

Herr Büschl erwidert, dass der Wille die Stadt fahrradfreundlicher zu machen, vorliege. Die Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen in Bayern bedeute einen sehr hohen Aufwand für die Zertifizierung und binde eine immense personelle Kapazität bei der Stadt, die aktuell, auch aufgrund einer unbesetzten Stelle, nicht zur Verfügungen ständen.

Frau Erbguth-Feldner betont nochmals, dass der Antrag Ihrerseits zurückgezogen werde.

TOP 5 Radweg von Ansbach-Schalkhausen nach Leutershausen - Weiteres Vorgehen

Herr Büschl verweist auf den vorliegenden Sachverhalt und ergänzt:

In der Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 22.09.2021 habe sich die überwiegende Mehrheit der Mitglieder des Ausschusses gegen die durch das Staatliche Bauamt projektierte Maßnahme ausgesprochen. Bei einem Ortstermin am 26.10.2021 wurde die angedachte alternative Routenführung auf dem Stadtgebiet der Stadt Ansbach bis zum Ortsrand von Leutershausen favorisiert und darum gebeten, Fördermöglichkeiten mit dem Amt für Ländliche Entwicklung und der Regierung von Mittelfranken abzuklären.
Im Ergebnis kann berichtet werden, dass über das Amt für Ländliche Entwicklung keine Fördermöglichkeiten bestehen und das Sonderprogramm des Bundes „Stadt und Land“ grundsätzlich, aber mit hohen Anforderungen, zur Verfügung stehe. Die vollständigen Antragsunterlagen müssten bei einer Förderung von 80% der zuwendungsfähigen Kosten bis 31.12.2021 vorgelegt und baulich vollständig bis 31.12.2023 umgesetzt werden. Er schätze hierfür die Erfolgsaussichten in dem Sonderprogramm aufgenommen zu werden, als äußerst gering ein. Bei einer groben Kostenkalkulation ohne nähere Untersuchungen habe die Bauverwaltung für die 700 m herzustellende Strecke einschließlich flankierender Maßnahmen, wie z.B. die sich aus einer wasserrechtlichen Erlaubnis ergebenden Auflagen, einen Kostenrahmen zwischen 450.000 € und 520.000 € ermittelt. Auch bestünde die Möglichkeit einer etwaigen Optimierung der vom Staatlichen Bauamt geplanten Streckenführung. Dies sei jedoch noch nicht abschließend geklärt.

In der anschließenden Diskussion wird auf folgendes hingewiesen:

- den Ausbau des 700 m langen unbefestigten Weges nur soweit asphaltieren, dass unterhalb der 1000m² befestigter Fläche kein Wasserrechtsverfahren notwendig wird. Dies könne ggf. später nachgeholt werden.

- Der Weg solle nur ertüchtigt und für den Gelegenheits- und Freizeitradler nutzbar gemacht werden
- Der Bau eines Radweges sei Aufgabe des Staates und liege nicht in der Verpflichtung der Stadt
- Herr OB Deffner sowie die regionalen Landtagsabgeordneten sollen zum weiteren Vorgehen mit einbezogen und politisch aktiv werden, damit der Freistaat den Ausbau der bestehenden Wege vornimmt
- eine weitere Abstimmung und Planung des weiteren Vorgehens mit der Stadt Leutershausen sei erforderlich
- die nachhaltigste und kostengünstigste Lösung müsse umgesetzt werden.

Herr Dr. Bucka erklärt abschließend, dass Einigkeit darin bestehe, die Variante des Staatlichen Bauamtes, den Radweg südlich der Bahn durch den Wald zu bauen volkswirtschaftlich und ökologisch nicht sinnvoll sei. Alle Argumente seien ausgetauscht. Nun müssten die örtlichen Mandatsträger die Gespräche mit dem Staatlichen Bauamt suchen.

Der Tagesordnungspunkt wird bis zum Vorliegen neuer Ergebnisse **vertagt**.

TOP 6 Tempo 30 an verschiedenen Stellen im Stadtgebiet

Herr Dr. Bucka verweist auf den vorliegenden Sachverhalt.

Ergänzend erklärt Herr Dr. Bucka, dass er über die Anträge in der letzten Sitzung des Umwelt- und Verkehrsausschusses am 22.09.2021 nicht hat abstimmen lassen, da die Rechtmäßigkeit der Beschlüsse unklar gewesen sei. Im Nachgang wurde er durch das Rechtsamt darüber informiert, dass er eine Abstimmung hätte durchführen müssen. Bei Zweifel an der Rechtmäßigkeit seien die Beschlüsse dann zur Überprüfung der Regierung von Mittelfranken als Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen. Deswegen habe er alle Anträge heute nochmals auf der Tagesordnung gesetzt.

Herr Kleinlein ergänzt, dass sich die zuständigen Fachbereiche im Vorfeld eingehend mit der Thematik auseinandergesetzt haben.
Er erläutert die Unterschiede einer streckenbezogenen Beschränkung und den Anforderungen bzgl. einer Tempo-30-Zone. Hinsichtlich der Anforderungen und Zuständigkeiten für die Anordnung von Streckenbeschränkungen verweist er auf die Stellungnahme der Regierung von Mittelfranken vom 03.05.2021, die als Anlage jedem Ausschussmitglied vorliegt. Im Ergebnis daraus dürfen Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen nur bei zwingender Erforderlichkeit angeordnet werden. Die Verantwortung für die entsprechenden Entscheidungen liegt bei der Straßenverkehrsbehörde.
Die Anordnung oder Erweiterung einer Tempo-30-Zone ist nur dann zulässig, wenn sie aufgrund der besonderen Umstände zwingend erforderlich ist. Dies wurde vom BayVGH und auch vom BVerwG mehrfach bestätigt, Herr Kleinlein verweist auf zwei einschlägige Urteile. Auch für diese Entscheidung liegt die Verantwortung bei der Straßenverkehrsbehörde.

Herr Wießner und Frau Erbguth-Feldner diskutieren im Detail über die Ausweisung einer Tempo 30-Zone in der Windsbacher Straße und der Eyber Straße.

Im anschließenden Meinungsaustausch wird die mehrheitliche Zustimmung zu den Anträgen deutlich, sodass Herr Dr. Bucka über alle Anträge im Block beschließen lässt.

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Tempo 30 km/h, entsprechend den vorgelegten Anträgen, einzuführen. Bei fehlender Rechtmäßigkeit werden die Beschlüsse zur weiteren rechtlichen Beurteilung der Regierung von Mittelfranken vorgelegt.

Abstimmungsergebnis: Ja 15 Nein 1
Mehrheitlich beschlossen.

Auflageverfahren

Die Niederschrift über die Sitzung vom 22.09.2021 wurde durch Auflage genehmigt.

Dr. Markus Bucka
Bürgermeister

Doris Thum-Wolf
Schriftführer/in